

Newsletter Ralph Lenkert / 5-2010

Liebe Leserinnen und Leser,
wieder einmal ist eine Woche vorüber gegangen. Ein großes Thema ist momentan Stuttgart 21 in Zusammenhang mit dem Demokratieverständnis. Des weiteren ist in Thüringen die Familienoffensive wieder aktuell, dazu habe ich im zweiten des Newsletters etwas geschrieben.

Ganz Aktuell hat die Bundesregierung ein neues Gesetz auf den Weg gebracht, welches meiner Ansicht nach im engen Zusammenhang mit Stuttgart 21 steht und der damit verbundenen Angst vor dem eigenem Volk.

Sie hat entschieden, die Strafen für Körperverletzung, für „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ von zwei auf drei Jahre heraufzusetzen.

Ein Widerspruch besteht darin, dass nicht Körperverletzung, wie ursprünglich gefordert, erhöht bestraft wird, sondern eben der Protest gegen die Polizei, gegen die Exekutive unseres Staates.

Übrigens entscheidet kein Zeuge, kein unabhängiger Beobachter ob jemand Widerstand gegen die Staatsgewalt leistete – es reicht die übereinstimmende Aussage zweier Polizisten als unumstößlicher Beweis, egal wie viele und welche Zeugen etwas anderes sahen.

Aber das Problem ist nicht neu – leider wurde diese, auch für Polizisten schwierige Glaubwürdigkeitsungerechtigkeit nicht beseitigt.

Die Demokratie ist gefährdet und die Gefahr kommt nicht von den Bürgern auf der Straße, sondern von Regierungsparteien und dem Staat.

Wenn, wie in Stuttgart geschehen 60.000 Unterschriften für einen Volksentscheid zum Bahnhofsbau mit juristischen Winkelzügen weggewischt werden, wenn ein Bürgermeister vor der Wahl einen Volksentscheid versprach und dies nach der Wahl vergessen hatte, dann ist die Behauptung „der Baubeschluss Stuttgart 21 wäre demokratisch erfolgt“ schwer zu halten. Mal abgesehen davon, dass die Kosten vor dem Beschluss zu niedrig angegeben worden. Jeder Vertrag, der unter der Vorspiegelung falscher Tatsachen zu Stande kommt, ist zumindest anfechtbar nämlich wegen Betruges.

Zur Untermauerung meiner Vorwürfe zum mangelndem Demokratieverständnis der „Eliten“ möchte ich drei Beispiele nennen:

Der Präsident des Bundesverbandes der Industrie (BDI), Hans Peter Keitel sagte zu Stuttgart 21:

„Dort steht nicht nur ein sorgfältig geplantes Investitionsprojekt auf dem Prüfstand, sondern unsere repräsentative Demokratie. Die Unternehmer seien deshalb gefordert, aus der schweigenden Mehrheit auszubrechen“

Dass der Präsident des BDI ganz klar die Interessen der Wirtschaftsriesen vertritt und die kritische Mehrheit des Volkes als schweigend wegwischen will, ist verständlich, denn nirgends werden im Bauwesen solche Profite eingefahren wie auf unübersichtlichen, unkalkulierbaren Großbaustellen. Dass er auch noch auffordert, dass die Unternehmer sich

gegen den Mehrheitswillen des Volkes aufbäumen sollen, ist zwar erschreckend – aber aus seiner Sicht konsequent.

Das Kapital steht gegen den Volkswillen, Demokratie will Herr Keitel nur, wenn diese dem Profit dient.

Ein weiteres Zitat kommt von Christian von Stetten, Bundestagsabgeordneter aus Baden-Württemberg (CDU).

„Wenn die Steine des Abrisses nicht mehr sichtbar sind, wird sich der Protest auch wieder legen.“

Man bedenke, dass er dies gesagt hat mit dem Blick auf die nächste Wahl. Ganz nach dem Motto, das Volk ist dumm, bis zur nächsten Wahl haben die Wähler das vergessen. Ist dies ein demokratisches Verständnis?

Das nächste Zitat ist von Norbert Barthle, ebenfalls Mitglied im Deutschen Bundestag (CDU). „Ich hoffe sehr, dass durch die Kraft des Faktischen der Protest abbröckelt und die Situation in einem halben Jahr ganz anders aussieht.“

Die völlige Ignoranz des Willen des Volkes ist hier körperlich greifbar. Hier überzeugen die Verantwortlichen nicht mit inhaltlichen Argumenten sondern mit „Chef-diktat“

Zurück zur Strafverschärfung für Bürger – wie wird eigentlich ein Prügeleinsatz der Polizei gegen eine genehmigte Demonstration geahndet?

Zynisch gedacht, ist eine zerschlagene Nase als Widerstand gegen den Schlagstock schwingenden Arm eines Polizisten wertbar. Dies ergäbe nach neuem Gesetz – 3 Jahre Gefängnis für den Nasenträger. Die Aussage zweier Polizisten würde genügen – entspricht dies einem demokratischen Rechtsstaat?

Doch nicht nur in Stuttgart gibt es Beispiele für mangelnde Demokratie. In Thüringen leiden Kindergartenkinder und ErzieherInnen unter dem undemokratischem Verhalten von Verantwortlichen

Als Sprecher des Trägerkreises „Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik“ war ich mit der Umsetzung unserer Kernforderungen im Kita-Gesetzes vom 29. April 2010 recht zufrieden.

Leider jedoch wird dieses Gesetz schleppend umgesetzt, und weil die Rechtsverordnung fehlt, nutzen die „althauschen“ Gegner moderner frühkindlicher Bildung jede Gelegenheit die Ziele unseres Volksbegehrens zu hintertreiben.

Auch in den kommenden Sitzungen des Bildungsausschusses im Thüringer Landtag werden die Ausführungsverordnungen zum neuen Kita-Gesetz nicht behandelt. Dadurch, dass dieses Gesetz nicht umgesetzt wird, kann es seine positiven Wirkungen für unsere Kinder nur teilweise entfalten. Es steht zu befürchten, dass in den Haushaltsverhandlungen des nächsten Jahres die Gegner der Reform dieses Gesetz aus Spargründen kippen. Dies geht leichter, wenn man vorher das Gesetz schlecht aussehen lässt - also wird die saubere Umsetzung des Gesetzes so weit wie möglich verhindert. Hier wird ein Gesetz sabotiert – ist das demokratiefördernd?

Diese Sabotage müssen wir für unsere Kinder gemeinsam verhindern.

Deshalb meine Bitte an Euch/Sie unterschreibt die angehängte Petition um das beste Kita-Gesetz in der Bundesrepublik zu schützen.

Übrigens schützen Sie damit auch unsere Demokratie.

Bewahren Sie sich das selbstständige Denken

Ralph Lenkert